

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Ines Mannagottera
Zimmer.: 239
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: ines.mannagottera@lkbra.de

Brake, den 09.12.2016

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		FinA/21/2016
Ausschuss für Finanzen, Personal und Gleichstellungsfragen		
am Mittwoch, 07.12.16	Sitzungsdauer 16:30 bis 19:00 Uhr	Ort Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Johan Scholtalbers
Rolf Blumenberg
Edgar Di Benedetto
Volker Osterloh
Harald Schöne
Christina-Johanne Schröder
Günther Schweden
Stephan Siefken
Horst Wieting
Siegmar Wollgam
Rainer Ziegler

Vorsitzender
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
In Vertretung des Abg. Stellmann
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

von der Verwaltung

Astrid Bäkermann
Ulla Bernhold
Hans Kemmeries
Jan-Lüder Köhlken
Matthias Sturm
Maren Würger

Fachdienstleitung Zentrale
Dienste/Personal/Organisation
Leiterin Ref. 16 - Gleichstellungsbeauftragte
Erster Kreisrat
Leiter FD 14 - RPA
FD 91- Büro des Landrats
Leiterin FD 20 - Finanzen

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Daniel Stellmann

Kreistagsmitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2016
Vorlage: 2016/FD20/080
- 5 Haushalt 2017 und Haushaltssatzung 2017
Vorlage: 2016/FD20/081
- 6 Investitionsprogramm 2017 bis 2020
Vorlage: 2016/FD20/082
- 7 Annahme von Spenden und Schenkungen
Vorlage: 2016/FD20/085
- 8 Optionserklärung zur Neuregelung der Umsatzbesteuerung gem. § 2b UStG
Vorlage: 2016/FD20/084
- 9 Jahresabschluss 2014 sowie Entlastung
Vorlage: 2016/FD20/086
- 10 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
----------	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
----------	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt. Zu TOP 4 und 5 wird jeweils eine Tischvorlage verteilt (s. Anlage).

3	Einwohnerfragestunde
----------	----------------------

- es liegen keine schriftlichen oder mündlichen Fragestellungen vor -

4	Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2016 Vorlage: 2016/FD20/080
----------	--

Herr Kemmeries trägt unter Hinweis auf die Tischvorlage vor. Das Haushaltsjahr 2016 werde voraussichtlich mit einem Defizit von 2,4 Mio Euro abschließen. Bedingt sei dies im Wesentlichen durch die abermals veränderte Vorgabe des Landes zur Darstellung der Erstattungen des Landes für Asylbewerber und Kosten der Notunterkünfte. Entgegen der bisherige Vorgabe, die nicht refinanzierte Aufwendungen mit einer Forderung in entsprechender Höhe in den Haushalt einzustellen, soll diese Form der haushaltsmäßigen Darstellungen jetzt doch entfallen. Das hat zur Folge, dass die nicht durch Erstattungen gedeckten Kosten (rd. 6 Mio Euro) im Haushalt abzubilden sind. Gleichzeitig soll das dadurch erreichte Haushaltsdefizit nicht als Anlass für einen Nachtragshaushalt gelten.

Ohne Einplanung von Tarifsteigerungen sei der Personalkostenetat dennoch auskömmlich, da eine VBL-Rückzahlung aus dem sogenannten Sanierungsgeld verbucht werden kann.

Die Investitionsmaßnahmen > 50 Tsd. Euro werden dargestellt (vgl. Tischvorlage).

Eine Übersicht der bestehenden investiven Haushaltsreste ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Die Verwaltung berichtet zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung mit Stand 31.10.2016.

5	Haushalt 2017 und Haushaltssatzung 2017 Vorlage: 2016/FD20/081
----------	---

Die Änderungsvorschläge/Anträge (vgl. Tischvorlage) für den Haushalt 2017 werden einzeln behandelt und abgestimmt. Die Ergebnisse sind der Anlage zu entnehmen.

Besonderheiten

Seefelder Mühle – Abg. Schöne ändert seinen Antrag in 15 Tsd. für 2017 mit Sperrvermerk. Herr Kemmeries weist nochmals darauf hin, dass es sich um eine kommunale Aufgabe handelt, bietet aber gleichzeitig seine persönliche Unterstützung bei organisatorischen und strukturellen Fragestellungen der Mühle gegenüber an. Man könne zusammen mit der Wifö außerdem ausloten, ob eine EU-Fördermöglichkeit bestünde. Sollten im lfd. Haushalt dann noch geringe Mittel erforderlich sein, würde man diese aus lfd. Haushaltsmitteln finanzieren. Eine Veranschlagung von Haushaltsmitteln (mit oder ohne Sperrvermerk) solle nicht erfolgen. Zunächst wird über den geänderten FDP-Antrag abgestimmt, der mit 3 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt wird. Sodann wird über den Antrag der Seefelder Mühle für eine weitere Unterstützung mit jeweils 15 Tsd. Euro in 2017 und 2018 abgestimmt. Für den Antrag sprechen sich 4 Abg. aus, dagegen 7 Abg.

Kulturstiftung Wesermarsch – Der Abg. Schöne stellt den Antrag, den Zinsausfall statt mit einem Zuschuss von 8 Tsd. Euro (2017) und je 10 Tsd. Euro (für 2018 und 2019) mit für 2017 nur 4 Tsd. Euro zu kompensieren. Die der Berechnung zugrunde liegende Verzinsung von 4 % sei zu hoch. Die Verwaltung verweist ihrerseits auf die Möglichkeit, damit eine Vielzahl kleiner Anträge damit verhindern zu können. Dieser Änderungsantrag wird mehrheitlich (1 Ja-Stimme, 1 Enthaltung) abgelehnt. Sodann wird über den Verwaltungsvorschlag abgestimmt, der mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung) angenommen wird.

1 % Haushaltskürzung – Die antragstellenden Fraktionen begründen Ihren Antrag. Für die Verwaltung bringt Herr Kemmeries seine Verwunderung zum Ausdruck, dass den Mitarbeiter_innen unterstellt würde, dass man Ausgabeansätze zu großzügig ansetze oder nicht restriktiv haushalte und man deshalb immer einen Überschuss erziele.

Vielmehr sei es belegbar so, dass in den zurückliegenden. Haushaltsjahren die Ergebnisse aufgrund einer verbesserten Ertragserwirtschaftung besser abschlossen als bei Haushaltsaufstellung geplant. Etwaige Überschüsse fließen zudem in den Haushalt zurück, dazu sei man gesetzlich verpflichtet. Das man nicht zu großzügig bei der Ausgabe von Haushaltsmittel sei, können man auch daran erkennen, dass es durchaus einige Klageverfahren gäbe. Rd. 98 % der Ausgaben bestünden ohnehin aufgrund gesetzlicher Verpflichtung, nur rd. 2 % seien gestaltbar. Pauschale Kürzungen überließen die Entscheidung zudem der Verwaltung und nicht der Politik, die sich damit ihrer Verantwortung entziehe, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. In vielen Bereichen, wie Abschreibungen, Rückstellungen, festen Zuschüssen, Verträgen etc. sei zudem gar nicht kürzbar, so das man insbesondere bei den Leistungen stärker kürzen müsse, die man gerade erst in der Höhe beschlossen habe. Außerdem gäbe es eigentlich auch gar keine Veranlassung zu Kürzungen, da der Haushalt 2017 selbst bei Berücksichtigung aller Anträge noch mit einem Überschuss von 1,4 Mio Euro abschließen werde, der Politik also einen ausreichend großen Gestaltungsraum belasse. Für den Antrag stimmen 3 Abg., 8 dagegen.

Förderung der E-Mobilität (investiv) – Die Verwaltung wird mit den Kommunen Kontakt aufnehmen um es diesen zu ermöglichen, eigene Finanzmittel zur Co-Finanzierung einplanen zu können.

Investitionszuschuss stat. Hospiz Varel – Die Verwaltung wird im Rahmen des zu erstellenden Förderbescheides eine üblichen Zweckbindung mitverfügen, um etwaige Erstattungsansprüche zu sichern.

Kreishaussanierung – Auf Antrag der FDP wird die Verwaltung vierteljährlich über die Einhaltung der geplanten Investitionsmittel berichten.

Antrag SPD-CDU-Gruppe vom 30.11.2016 (vgl. Tischvorlage) – Die Verwaltung sagt eine weitergehende Zielbeschreibung in der Haushaltsprodukte 2018 zu und weist darauf hin, dass auch politische Ziele definiert werden sollten.

Frau Bernhold stellt Ihren Antrag zur Zuschussgewährung an die Konfliktschlichtung Oldenburg für die Fortsetzung der Förderung des Interventionsprojektes (OLIP) Täterarbeit bei häuslicher Gewalt für die Jahre 2017-2019 mit je 7,5 Tsd. Euro vor und veranschaulicht dies anhand einer Präsentation (s. Anlage). Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Der zunächst vom Abg. Schöne formulierte Antrag ohne Beschlussempfehlung an die Fraktionen zurück zu geben, wird zurückgenommen, da keine offenen Empfehlungen mehr bestehen.

Abschließend wird über den Haushalt 2017 mit den Änderungen in Gänze abgestimmt.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig (bei 2 Enthaltungen) vorgeschlagen:

Dem Haushaltsplan 2017 wird mit den Änderungen zugestimmt.

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 wird mit den Änderungen beschlossen.

6	Investitionsprogramm 2017 bis 2020 Vorlage: 2016/FD20/082
----------	--

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Dem Investitionsprogramm 2017 bis 2020 wird mit den Änderungen zugestimmt.

7	Annahme von Spenden und Schenkungen Vorlage: 2016/FD20/085
----------	---

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

1. Die Sachspende des Fördervereins des Gymnasiums Lemwerder e.V. in Form eines Klassensatzes (30 Stück) digitaler Wörterbücher im Wert von 3.895,00 Euro wird angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt.
2. Die Geldspende des Vereins der Ehemaligen, Eltern und Freunde des Gymnasiums Nordenham e.V. in Höhe von 8.937,10 Euro für die Neuausstattung der neu eingerichteten Bläserklasse wird angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt.

8	Optionserklärung zur Neuregelung der Umsatzbesteuerung gem. § 2b UStG Vorlage: 2016/FD20/084
----------	---

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Landkreis Wesermarsch gibt gegenüber dem Finanzamt Nordenham eine Erklärung ab, dass er den § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz in der am 31.12.2015 geltenden Fassung weiterhin anwenden wird.

9	Jahresabschluss 2014 sowie Entlastung Vorlage: 2016/FD20/086
----------	---

Herr Kemmeries zeigt sich sehr zufrieden mit dem Jahresabschluss. Seitens des RPA habe man nur Hinweise bekommen und kleiner Anpassungen vorgenommen. 2017 werde man die Jahresabschlüsse 2015 und 2016 schaffen. Damit habe man den Rückstand komplett aufgeholt.

Herr Köhlken weist ergänzend darauf hin, dass der Fortschritt der Jahresabschlüsse in den Kommunen der Wesermarsch sehr unterschiedlich sei. Für die Kreisverwaltung erwarte man den Gesamtabschluss 2012 in 2017.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

1. Den im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 im Wesentlichen für Rückstellungen und für den Asylbereich entstandenen überplanmäßigen Aufwendungen von insgesamt 3.877.674,48 Euro wird gemäß § 117 Absatz 1 NKomVG zugestimmt.
2. Gemäß § 129 Absatz 1 NKomVG wird der Jahresabschluss 2014 in Aktiva und Passiva mit 168.007.246,35 Euro festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss per 31.12.2014 in Höhe von 2.322.573,80 Euro wird gemäß § 110 Absatz 6 Satz 3 NKomVG genutzt, um eine Verrechnung mit den vorhandenen kameraleen Sollfehlbeträgen (bis 31.12.2006) in Höhe von 51.062.111,91 Euro (Stand 31.12.2014) vorzunehmen.
4. Dem Landrat wird Entlastung für 2014 erteilt.

10	Verschiedenes
-----------	---------------

Die Abg. Schröder erfragt die Möglichkeit, ausnahmsweise für die Sitzung des Finanzausschusses am 28.02.2017 einmalig von der Regelung abzuweichen, diese möglichst nicht montags stattfinden zu lassen und stattdessen am 27.02.2017 zu tagen. Aus der Reihe der Anwesenden und der Verwaltung bestehen dagegen keine Bedenken. Die Verwaltung wird alle Abg. hierzu rechtzeitig informieren.

Scholtalbers
Ausschussvorsitz

Sturm
Protokollführung